

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG

## Konflikt in der Union

Der Vorstoß aus der Metallindustrie, mit staatlich geförderter Arbeitszeitverkürzung Jobs in der Krise zu sichern, ist in der Union weiter umstritten. „Ich bewerte den Vorschlag positiv“, sagt der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Karl-Josef Laumann. Michael Fuchs, stellvertretender Unions-Fraktionsvorsitzender im Bundestag, lehnt dagegen eine Sonderregelung ab: „Das werden wir nicht mitmachen.“ Der Vorschlag würde den Weg zu einer „Dauersubventionierung der Arbeitszeitverkürzung ebnen und die Beitragszahler unzumutbar belasten“. IG Metall und Gesamtmetall wollen diese Woche dennoch mit Gesprächen über ein zeitlich befristetes Modell beginnen. Danach sollen Betriebe in Not die Wochenarbeitszeit bis auf 26 Stunden reduzieren dürfen. Für einen Teil der wegfallenden Stunden sollen die Arbeitnehmer dennoch 25 Prozent des Lohns erhalten. Im Gegenzug sollen die Betriebe vorübergehend von Steuern und Sozialabgaben freigestellt werden.



Druckmaschinen-Produktion

MICHAEL GOTTSCHALK / DDP



Schäuble

DERIVATE

## Industrie besorgt über EU-Pläne

Top-Manager der deutschen Industrie sind besorgt über die Pläne der EU zur Regulierung der Finanzmärkte. In einem von acht Großkonzernen unterzeichneten Brief, der am vergangenen Freitag an Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble sowie Kanzleramtsminister Ronald Pofalla verschickt wurde, bitten sie die Bundesregierung, „die Belange der deutschen Industrie zu unterstützen und zu helfen, weitere Belastungen aus der Finanzmarktkrise zu begrenzen“. Die geplanten Reformen, durch die Geschäfte mit den hochriskanten Finanzderivaten stärker kontrolliert und besser abgesichert werden sollen, führen nach Ansicht der Konzernvorstände zu „spürbaren Verschlechterungen“ in der Industrie. Um „Risiken aus Währungen, Zinsen und Rohstoffen“ abzusichern, sei nach Einführung der geplanten EU-Reformen ein „deutlich erhöhter Kreditbedarf“ erforderlich, „der die Unternehmen belasten wird“. Am Ende könnten die EU-Pläne deshalb zu „höherer Unsicherheit und Volatilität in der Realwirtschaft führen“, heißt es in dem unter anderen von Bayer, Daimler, E.on und MAN unterzeichneten Schreiben.

KIRCH-PLEITE

## Weitere Klage gegen Breuer?

Ex-Deutsche-Bank-Chef Rolf Breuer droht neuer Ärger im Streit um den Zusammenbruch des Medienimperiums von Leo Kirch. Ein bislang unbekanntes Klageerzwingungsverfahren, das vom Oberlandesgericht in Frankfurt am Main bearbeitet wird, steht kurz vor der Entscheidung und könnte zu einer weiteren Anklage gegen Breuer führen. Breuer hatte kurz vor der Pleite des Medienmoguls Leo Kirch, der damals Kunde der Bank war, in einem Interview Kirchs Kreditwürdigkeit in Abrede gestellt. Die Staatsanwaltschaft wollte zunächst nicht ermitteln. Als das Landgericht München Kirch 2003 wegen der



Breuer



Kirch

Äußerungen Schadensersatz zusprach, leitete sie dann doch ein Ermittlungsverfahren ein. Die Staatsanwälte konnten in Breuers Verhalten jedoch weder Untreue noch eine andere Straftat erkennen und stellten das Verfahren im September 2007 ein. Eine Beschwerde gegen die Einstellung blieb erfolglos, deshalb hat Kirch 2008 ein sogenanntes Klageerzwingungsverfahren angestrengt, in das nun Bewegung kommt. Das Oberlandesgericht Frankfurt hat kürzlich verfügt, Breuer zu den Vorgängen zu befragen – und ihm dazu eine Dreiwochenfrist gesetzt. Unabhängig davon erhob die Staatsanwaltschaft München Anklage wegen Prozessbetrugs, weil Breuer in einem der von Kirch angestregten Zivilverfahren beteuert hatte, er habe „keinerlei spezifische Kenntnisse“ über dessen Medienimperium – obwohl er regelmäßig Berichte über das Kreditengagement erhalten hatte.